

„Wer will schon bei Seveso wohnen“?

Sondermülldeponie Münchehagen: Niedersachsens Regierung berät heute „Teilverstaatlichung“

Es begann mit einem Mißverständnis. Weil man 1983 die berühmt berüchtigten Dioxinfässer aus dem italienischen Seveso auf der niedersächsischen Sondermülldeponie Münchehagen vermutete, wurde sie zum Pfuhl des Anstoßes. Was man statt der Sevesofässer fand, war nicht weniger dramatisch. Unkontrolliert abgekippter Müll enthielt ein vielfaches des gefährlichen Zivilisationsgiftes. Ein taz-Reporter besuchte Münchehagen, das niedersächsische Kabinett berät heute einen neuen „Rahmenentwurf“. Darin wird auch einer Teilverstaatlichung des Müllproblems das Wort geredet, getreu dem Motto: Die Lasten werden sozialisiert.

Münchehagen (taz) — An der Kreisstraße 11 zwischen Loccum und Wiedensahl steht ein Schild: „Ablage von Abfällen jeglicher Art verboten“, Zuwiderhandlung ist mit Strafe bis 10 000 Mark bedroht. Ein asphaltierter Weg führt in den Wald, nach 200 Metern wird keilförmig der offene Himmel sichtbar: die Kiefern sind abgestorben. Nach 300 Metern ein Maschendraht-Zaun: „Sondermülldeponie“. Tausende von Tonnen dioxinhaltiger Flugasche sind dort, unter anderem, abgekippt worden, oder auch „R-Säure“, ein dem Entlaubungsmittel „Agent Orange“ ähnlicher Stoff, dessen Folgen für den Menschen aus dem US-Krieg in Vietnam bekannt sind.

Durch ein Loch im Zaun kann jeder, der will, auf das seit zwei Jahren verlassene Deponiege-

lände klettern und in dem Gift herumwaten. Auf der Fläche der „Altdeponie“, die von 1970 bis 1974 in Betrieb war, sind Meßgeräte angebracht, mit denen durch die Tonschicht aufsteigende Gase gemessen werden sollen. Zwischen den Tonkuhlen der neuen Deponie stinkt es fürchterlich. Der BI-Sprecher Heinrich Bredemeier zeigt die Stelle, an der etwas in den ausgeschachteten „Polder 4a“ hineinrinnt: Proben ergaben einen erheblichen Dioxin-Gehalt, das Öl-Wassergemisch muß aus dem benachbarten „Polder 2“ durch fünf Meter Tongestein hindurchkommen. Ähnliche Spuren deuten darauf hin, daß auch aus dem „Polder 3“ Flüssigkeit in das Becken des „Polder 4“ durchsifft. Der Ton sollte garantieren, daß aus den „Poldern“ keine Flüssig-

keit herausfließt, auch das Regenwasser nicht; in diesem Falle wäre das Gift „entsorgt“, d.h. auf ewig im Ton eingelagert; aber die Natur ist eigenwillig, die tonige Erde hat versagt.

Die kleinen Flecken an den Rändern offener Tongruben bestätigen für die Rehburg-Loccumer „Bürgerinitiative gegen Giftmüll“ nur, was sie immer schon vermutet hat und was ein Diplomgeologe des Landesamtes für Bodenforschung intern schon 1977 festgestellt hat: das Tongestein ist nicht dicht.

Die BI war 1980 auf Initiative des Religionspädagogen Emmelius gegründet worden, eine Reihe von hartnäckigen Aktiven hat seitdem keine Ruhe gelassen. 1982 kam die BI bei den Kommunalwahlen über 5% und mit einem Sitz in den Rehburg-Loccumer Stadtrat; 1983 hatte sie ihre große Zeit, als in Münchehagen nach den Seveso-Fässern gebuddelt wurde. Die Fässer wurden nicht gefunden, dennoch blockierten Umweltschützer aus ganz Niedersachsen die Deponie-Zufahrt, aus der Bevölkerung wurden sie mit Kuchen und aufmunternden Worten versorgt. Bald darauf wurde die Deponie endgültig geschlossen, als das Ober-



An der Sondermülldeponie Münchehagen

Fotos: taz-bremen

Bürgermeister immer wieder durch Zeitungsartikel in der regionalen „Harke“ die Bewohner des Kreises schrecken können; so richtig bestätigt werden solche Meldungen dennoch erst, wenn anerkannte Wissenschaftler das Wort „Dioxin“ hinzufügen können.

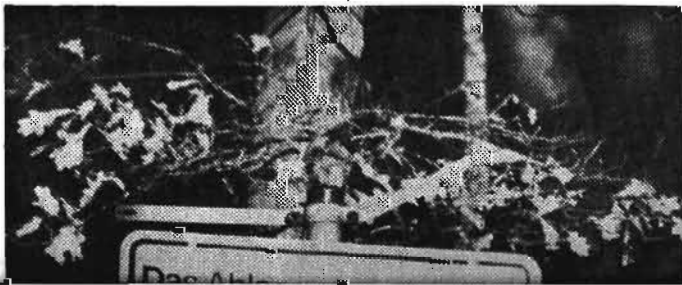
„Wenn das mit Seveso nicht gewesen wäre, dann würden wir heute noch dahin fahren“, erzählt ein Kipper-Fahrer. Auf seine Firma läßt er nichts kommen. Geschlossen worden sei die Deponie, weil damals, 1983, der Platzmeister der Deponie gegenüber seinem Hausarzt über Kopfschmerzen klagte und da einmal das Wort Dioxin erwähnt habe; die Kopfschmerzen habe er aber

gefahren, auch die Gips-schlämme aus der Batterie-Herstellung von Wartha. Die Dioxin-Fässer aus Seveso — auch die hätte er gefahren, steigert er sich, und macht die typische Bewegung mit den beiden Fingern: gegen Geld. Angehalten von der Polizei wurde er — niemals. Die hätten ja höchstens die Papiere überprüfen können, und da stand dann „Flugasche“ oder ähnliche Harmlosigkeiten. Die Papiere waren immer korrekt. Wie das geht, das hat selbst der niedersächsische Landwirtschaftsminister Glup im April 1983 vor dem Landtag vorgeführt: chlorierte Kohlenwasserstoffe waren mit Kalk-Lack und Farbrückständen vermengt worden — falsch dek-

hörde“ vor.

Der Kipperfahrer kennt das. Wenn man fünf Kilo eines Stoffes beseitigen will — kein Problem: „das bringe ich immer unter“. Die Deponie Münchehagen sei zu Unrecht in die Schlagzeilen geraten: „Da könnte man in jeder x-beliebigen Deponie nachbuddeln, einen Grund sie zu schließen findet man immer.“ Aber wohnen in der Nähe der Deponie will der Kipper-Fahrer doch nicht.

In Wiedensahl, dem nächsten Ort in der Richtung, in der das Grundwasser von Münchehagen her fließt, sitzen ein paar junge Leute in der Dorfkneipe. „Du stirbst als erstes“, bekommt einer von ihnen, ein Maschinenein-





Warnschild am Deponiegelände

Ein Bad im Gift

Seit 1971 ist Münchehagen als Eldorado für Chemieabfall bekannt

„Aus dem Verhalten von Herrn Börstinghaus kann geschlossen werden, daß er versucht, die Bestimmungen zu umgehen...“, so lautet ein Polizeibericht vom 10. August 1971. Die Firma Börstinghaus & Stenzel hatte 1970 die Erlaubnis erhalten, in ehemaligen Ton-Gruben bei Münchehagen „mineralöhlhaltige Abfälle“ — also keine Chemikalien — einzulagern.

Polizeibericht 4. 8. 1971: Ein PKW mit Kennzeichen „MEL-...“ hat Chemikalien aus einer Spanplattenfirma gebracht. Auf dem Grundstück der Tongruben wird Gummi der Firma Continental „auf einer offenen Feuerstelle verbrannt“. Vögel haben in dem abgelagerten Altöl gebadet, ölverschmierte Vogelkadaver liegen herum. Das Sondermüll-Gelände ist nur teilweise umzäunt, in einer der Tongruben baden ab und zu noch Menschen. „In dieser Hinsicht dürfte dann doch wohl eine erhebliche Gefahr bestehen...“

Am 5. 8. 1971 besichtigen Ortpolizisten und ein Vertreter des Wasserwirtschaftsamtes das Deponie-Gelände. Unzählige Plastik-Behälter mit Chemikalien, wohl zwei LKW-Ladungen, wurden in einer der Ton-Kuhlen gefunden. Wegen der „starken Reizwirkung auf Augen und Stirnhöhle“ hatten den Fahrern noch in 30 Meter Entfernung die Augen getränt. Börstinghaus beteuerte, diese Kanister seien ihm als mineralöhlhaltige Stoffe angeboten

stoff-Werk geladen. Was, weiß der Fahrer nicht. Herr Börstinghaus persönlich wolle ihm um 19.30 Uhr das Tor der Sondermüll-Deponie öffnen. Auf dem Deponie-Gelände sind Bagger dabei, Sand in die Grube zu schieben, in der ein paar Tage zuvor die Kanister gefunden worden waren. Nach Polizeibericht dürfte der größte Teil der Plastik-Kanister „mit Sand abgedeckt“ worden sein.

Anfang 1972 wurde der Deponiebetrieb kurz untersagt, weil im Wasser giftige Chemie-Rückstände gefunden worden waren. Sechs Tage später wurde erneut eine Genehmigung erteilt: Das niedersächsische Landesamt für Bodenforschung hatte die Dichtigkeit des Tonuntergrundes beurkundet und gleichzeitig eine Auskleidung der Gruben mit Plastikfolie gefordert, um die Dichtigkeit auch zu gewährleisten!!!

Am 30. 7. 1974 wurde der Firma Börstinghaus & Stenzel die Betriebsgenehmigung für die Deponie schließlich entzogen, weil in Teichen außerhalb des Deponie-Geländes Phenole und O-Kresole festgestellt worden waren. Die Firma läßt sich aus dem Grundbuch streichen, ihre Altdeponie wird „Niemand'sland“.

Zwei Jahre später teilt die Kreisbehörde Nienburg der Stadt Rehburg-Loccum mit, daß eine neue Grube neben der alten von einer neuen Firma für 13 Jahre als Sondermülldeponie genutzt werden darf.

Gift sieht man nicht.

Am Anfang der BI stand ein Zeitungsartikel über tote Kühe und Fischsterben in dem Fließchen Ils, in das die Deponie zeitweise mit behördlicher Genehmigung das Grubenwasser ableitete. Gegen die beruhigenden Erklärungen der Kreisbehörden hat die BI und dann auch der Rehburger

Geschlossen worden sei die Deponie, weil damals, 1983, der Platzmeister der Deponie gegenüber seinem Hausarzt über Kopfschmerzen klagte und da einmal das Wort Dioxin erwähnt habe; die Kopfschmerzen habe er aber gehabt, weiß der LKW-Fahrer, weil er immer randvoll gewesen sei, und das erkläre auch, daß in Münchehagen die angelieferten Stoffe manchmal irgendwo abgekippt wurden und nicht an den vorgesehenen Stellen. Im offenen Kipper hat er die dioxinversuchte Flugasche, die mit Sand und Feuchtigkeit eingedickt war, aus Hamburg nach Münchehagen

geht, das nat selbst der niedersächsische Landwirtschaftsminister Glup im April 1983 vor dem Landtag vorgeführt: chlorierte Kohlenwasserstoffe waren mit Kalk-Lack und Farbrückständen vermengt worden — „falsch deklariert“, vermuteten die Grünen in ihrer Anfrage. Glup: „Die Bezeichnung der Abfallart auf dem Begleitschein richtet sich nach der Abfallart, die mengenmäßig überwiegt. Dieses Verfahren ist mit der Genehmigungsbehörde, dem Landkreis Nienburg, abgestimmt.“ Also läge keine „Fehldeklaration im Sinne einer Täuschung der Überwachungsbe-

in wie demsani, dem nächsten Ort in der Richtung, in der das Grundwasser von Münchehagen her fließt, sitzen ein paar junge Leute in der Dorfkneipe. „Du stirbst als erstes“, bekommt einer von ihnen, ein Maschineneinrichter, immer zu hören, „wenn hier was los ist“. Er wohnt der Deponie am nächsten. „Ich muß mir stark überlegen, ob ich da wohnen bleibe. Wenn's weiter so geht...“ Früher hat sich keiner Gedanken gemacht, „keiner wußte, was Sache ist“. Aber wenn nichts in der Zeitung steht, redet man auch nicht über die Deponie. Klaus Wolschner

Sanierung für 100 Millionen

Hannover (taz) — Wenn man die Kosten für den Bau einer Hochtemperaturverbrennungsanlage einbeziehe, erläuterte der Sprecher des niedersächsischen Landwirtschaftsministeriums kürzlich, dann sei eine Summe von über hundert Millionen DM für die Sanierung der Giftmülldeponie Münchehagen wohl eine realistische Größe.

Ob im Land Niedersachsen wirklich zum erstenmal eine Dioxin-Kippe „total saniert“ wird, ob man die Gruben der beiden Depo-nien in Münchehagen mit dem Bagger auskoffern und das Giftgemisch verbrennen wird, das entscheidet das Landeskabinett bei der Beratung des neuen „Rahmentwurfes Sonderabfallbeseitigung“ am heutigen Dienstag. Als Ernst Albrecht in der vergangenen Woche zum erstenmal einige Vorschläge aus dem Entwurf öffentlich zitierte, signalisierte dies eine völlige Kehrtwendung in Sachen Giftmüll. Hieß es bis dahin, daß die beiden Giftmülldeponien des Landes, Hoheneggelsen und Münchehagen dicht und sicher seien, so gab Albrecht nun zu, „daß wir über kurz oder lang an die alten Depo-nien wieder heranmüssen“.

CDU-Fraktion bei den Beratungen im Haushaltsausschuß abgelehnt, Mittel für eine „Verbrennungsanlage für organische Sondermüllabfälle“ bereitzustellen.

Die CDU-Abgeordneten hatten auf den von den Grünen eingebrachten Antrag „mit Heiterkeit“ reagiert und die SPD hatte ihn als „verfrüht“ verworfen. Der jetzt im Kabinett zur Diskussion stehende Rahmen sieht neben dem Bau der Verbrennungsanlage auch ganz im Gegensatz zur Privatisierungsphilosophie der Landesregierung auch eine Teilverstaatlichung der Giftmüllbeseitigung vor. Die Endablagerung von Giftabfällen, die nicht verbrannt oder aufgearbeitet werden, soll in die Verantwortung des Landes übergehen, wobei sich das Land allerdings eines Privatunternehmens bedienen könne.

Dabei hatte das Land durch die Bezirksregierung Hannover gerade vor knapp einem Monat, Deutschlands größtem privaten Giftmüllverwerter, der Dr. Dr. Anton Maier AG, die Erweiterung und damit die Wiederinbetriebnahme der Deponie Hoheneggelsen genehmigt. Doch die Maier AG, die jahrelang auf die Erweiterung

den Rand des Konkurses geraten. „Zahlungsunfähig sind wir noch nicht“, meint Dr. König, Technischer Berater im Vorstand der AG, aber viele Kunden wollten Öl der Firma nicht mehr abnehmen.

Auch mit der Genehmigung zur Erweiterung ihrer Giftmülldeponie ist die Maier AG „aus wirtschaftlichen Gründen nicht zufrieden“. Da nur etwa die Hälfte der beantragten Erweiterungsfläche genehmigt wurde, könne man jetzt nur zehn Jahre einlagern und da „lohn sich die Investitionen nicht mehr“. Der weitere Betrieb der Giftmülldeponie bewege sich „am Rande der Wirtschaftlichkeit“. Wie die Landesregierung im Falle Hoheneggelsen mit ihren Teilverstaatlichungsplänen nur die marode Maier AG auffängt, so gehorcht sie mit ihren Sanierungsplänen für Münchehagen dem massiven Druck der Gemeinde Rehburg-Loccum, auf deren Gebiet die Giftmüllkippe liegt.

Am 26. 10. hatte der Stadtrat von Rehburg-Loccum mit den Stimmen aller fünf der im Stadtrat vertretenen Parteien beschlossen, nicht nur Geld für eigene Gutachter im Haushaltsplan auszuweisen, sondern gleich gerichtliche Schritte gegen die Auftragsbe-



Warnschild am Deponiegelände

...tungsartikel über tote Kühe und Fischsterben in dem Fließchen Ils, in das die Deponie zeitweise mit behördlicher Genehmigung das Grubenwasser ableitete. Gegen die beruhigenden Erklärungen der Kreisbehörden hat die BI und dann auch der Rehburger

...suchte Pflanzensche, die mit Sand und Feuchtigkeit eingedickt war, aus Hamburg nach Münchheggen

...schmitt. Also lage keine „Öhndeklaration im Sinne einer Täuschung der Überwachungsbe-

...redet man auch nicht über die Deponie. Klaus Wolschner

Ein Bad im Gift

Selt 1971 ist Münchheggen als Eldorado für Chemieabfall bekannt

„Aus dem Verhalten von Herrn Börstinghaus kann geschlossen werden, daß er versucht, die Bestimmungen zu umgehen...“, so lautet ein Polizeibericht vom 10. August 1971. Die Firma Börstinghaus & Stenzel hatte 1970 die Erlaubnis erhalten, in ehemaligen Ton-Gruben bei Münchheggen „mineralöhlhaltige Abfälle“ — also keine Chemikalien — einzulagern.

Polizeibericht 4. 8. 1971: Ein PKW mit Kennzeichen „MEL-...“ hat Chemikalien aus einer Spanplattenfirma gebracht. Auf dem Grundstück der Tongruben wird Gummi der Firma Continental „auf einer offenen Feuerstelle verbrannt“. Vögel haben in dem abgelagerten Altöl gebadet, ölverschmierte Vogelkadaver liegen herum. Das Sondermüll-Gelände ist nur teilweise umzäunt, in einer der Tongruben baden ab und zu noch Menschen. „In dieser Hinsicht dürfte dann doch wohl eine erhebliche Gefahr bestehen...“

Am 5. 8. 1971 besichtigen Ortpolizisten und ein Vertreter des Wasserwirtschaftsamtes das Deponie-Gelände. Unzählige Plastik-Behälter mit Chemikalien, wohl zwei LKW-Ladungen, wurden in einer der Ton-Kuhlen gefunden. Wegen der „starken Reizwirkung auf Augen und Stirnhöhle“ hatten den Fahrern noch in 30 Meter Entfernung die Augen getränt. Börstinghaus beteuerte, diese Kanister seien ihm als mineralöhlhaltige Stoffe angeboten worden. Er wisse nicht — so die polizeiliche Aktennotiz — was wirklich darin sei.

Polizeibericht 10. 8. 1971: Derselbe LKW aus „MEL-...“ ist wieder Richtung Münchheggen unterwegs gewesen. Er hat Abfälle aus einem Kunst-

stoff-Werk geladen. Was, weiß der Fahrer nicht. Herr Börstinghaus persönlich wolle ihm um 19. 30 Uhr das Tor der Sondermüll-Deponie öffnen. Auf dem Deponie-Gelände sind Bagger dabei, Sand in die Grube zuschieben, in der ein paar Tage zuvordie Kanister gefunden worden waren. Nach Polizeibericht dürfte der größte Teil der Plastik-Kanister „mit Sand abgedeckt“ worden sein.

Anfang 1972 wurde der Deponiebetrieb kurz untersagt, weil im Wasser giftige Chemie-Rückstände gefunden worden waren. Sechs Tage später wurde erneut eine Genehmigung erteilt: Das niedersächsische Landesamt für Bodenforschung hatte die Dichtigkeit des Tonuntergrundes beurkundet und gleichzeitig eine Auskleidung der Gruben mit Plastikfolie gefordert, um die Dichtigkeit auch zu gewährleisten!!!

Am 30. 7. 1974 wurde der Firma Börstinghaus & Stenzel die Betriebsgenehmigung für die Deponie schließlich entzogen, weil in Teichen außerhalb des Deponie-Geländes Phenole und O-Kresole festgestellt worden waren. Die Firma läßt sich aus dem Grundbuch streichen, ihre Altdeponie wird „Niemandsländ“.

Zwei Jahre später teilt die Kreisbehörde Nienburg der Stadt Rehburg-Loccum mit, daß eine neue Grube neben der alten von einer neuen Firma für 13 Jahre als Sondermülldeponie genutzt werden darf. Die konkrete Einlagerungsgenehmigung bezieht sich aber nur auf 5 Jahre: Nach dem Abfallbeseitigungsgesetz ist für eine so „unbedeutende Anlage“ keine Planfeststellungsprozedur vorgeschrieben.

Klaus Wolschner

Sanierung für 100 Millionen

Hannover (taz) — Wenn man die Kosten für den Bau einer Hochtemperaturverbrennungsanlage einbeziehe, erläuterte der Sprecher des niedersächsischen Landwirtschaftsministeriums kürzlich, dann sei eine Summe von überhundert Millionen DM für die Sanierung der Giftmülldeponie Münchheggen wohl eine realistische Größe.

Ob im Land Niedersachsen wirklich zum erstenmal eine Dioxin-Kippe „totalsaniert“ wird, ob man die Gruben der beiden Deponien in Münchheggen mit dem Bagger auskoffern und das Giftgemisch verbrennen wird, das entscheidet das Landeskabinett bei der Beratung des neuen „Rahmenentwurfs Sonderabfallbeseitigung“ am heutigen Dienstag. Als Ernst Albrecht in der vergangenen Woche zum erstenmal einige Vorschläge aus dem Entwurf öffentlich zitierte, signalisierte dies eine völlige Kehrtwendung in Sachen Giftmüll. Hieß es bis dahin, daß die beiden Giftmülldeponien des Landes, Hoheneggelsen und Münchheggen dicht und sicher seien, so gab Albrecht nun zu, „daß wir über kurz oder lang an die alten Deponien wieder heranmüssen“.

Für 70 Millionen DM, so Albrecht, werde das Land eine eigene Hochtemperaturverbrennungsanlage bauen. Noch in der Woche davor hatte es Albrechts

CDU-Fraktion bei den Beratungen im Haushaltsausschuß abgelehnt, Mittel für eine „Verbrennungsanlage für organische Sondermüllabfälle“ bereitzustellen.

Die CDU-Abgeordneten hatten auf den von den Grünen eingebrachten Antrag „mit Heiterkeit“ reagiert und die SPD hatte ihn als „verfrüht“ verworfen. Der jetzt im Kabinett zur Diskussion stehende Rahmen sieht neben dem Bau der Verbrennungsanlage auch ganz im Gegensatz zur Privatisierungsphilosophie der Landesregierung auch eine Teilverstaatlichung der Giftmüllbeseitigung vor. Die Endablagerung von Giftabfällen, die nicht verbrannt oder aufgearbeitet werden, soll in die Verantwortung des Landes übergehen, wobei sich das Land allerdings eines Privatunternehmens bedienen könne.

Dabei hatte das Land durch die Bezirksregierung Hannover gerade vor knapp einem Monat, Deutschlands größtem privaten Giftmüllverwerter, der Dr. Dr. Anton Maier AG, die Erweiterung und damit die Wiederinbetriebnahme der Deponie Hoheneggelsen genehmigt. Doch die Maier AG, die jahrelang auf die Erweiterung gedrängt hatte, steht jetzt plötzlich Gesprächen mit dem Land über eine Übernahme der Deponie „offen gegenüber“. Die Maier AG ist wegen der Giftfunde in von ihr aufgearbeitetem Altöl an

den Rand des Konkurses geraten. „Zahlungsunfähig sind wir noch nicht“, meint Dr. König, Technischer Berater im Vorstand der AG, aber viele Kunden wollten Öl der Firma nicht mehr abnehmen.

Auch mit der Genehmigung zur Erweiterung ihrer Giftmülldeponie ist die Maier AG „aus wirtschaftlichen Gründen nicht zufrieden“. Da nur etwa die Hälfte der beantragten Erweiterungsfläche genehmigt wurde, könne man jetzt nur zehn Jahre einlagern und da „lohnen sich die Investitionen nicht mehr“. Der weitere Betrieb der Giftmülldeponie bewege sich „am Rande der Wirtschaftlichkeit“. Wie die Landesregierung im Falle Hoheneggelsen mit ihren Teilverstaatlichungsplänen nur die marode Maier AG auffängt, so gehorcht sie mit ihren Sanierungsplänen für Münchheggen dem massiven Druck der Gemeinde Rehburg-Loccum, auf deren Gebiet die Giftmüllkippe liegt.

Am 26. 10. hatte der Stadtrat von Rehburg-Loccum mit den Stimmen aller fünf der im Stadtrat vertretenen Parteien beschlossen, nicht nur Geld für eigene Gutachter im Haushaltsplan auszuweisen, sondern gleich gerichtliche Schritte gegen die Aufsichtsbehörden einzuleiten. Ein Ziel der Klage, die der Berliner Rechtsanwalt Geulen vertreten soll, ist die Auskoffnung der Neudeponie.

Jürgen Voges